

## „Es ist allerhöchste Zeit für eine Politik zugunsten Wachstum und Beschäftigung!“

*Die Weltwirtschaft boomt wie noch nie zuvor. Aber Europa bleibt immer weiter zurück, und auch in Österreich wird gegen die wachstumsschwächste Periode seit 1945 viel zu wenig getan. Hannes Androschs Analyse der anstehenden Probleme – und der Weg, der möglichst schnell zur Lösung beschritten werden sollte.*

Die Weltwirtschaft boomt. Die Wachstumsraten von Weltwirtschaft und Welthandel kletterten 2004 auf den höchsten Stand seit vielen Jahren. Die wirtschaftliche Dynamik erweist sich trotz aller Schocks (Hurrikan Katrina), des hohen Ölpreises und teurer Rohstoffe als robust, obwohl es beträchtliche Ungleichgewichte, allen voran zwischen den USA und China gibt.

In Europa hingegen stottert der Konjunkturmotor, von wenigen Ausnahmen wie Großbritannien, Irland oder den skandinavischen Staaten abgesehen. Die Folgen sind nationale Budgetprobleme samt gravierenden Einbußen bei öffentlichen Leistungen und Zukunftsinvestitionen – vor allem in den Bereichen Infrastruktur, Bildung, Wissenschaft und Forschung – sowie vor allem eine hohe und weiterhin steigende Arbeitslosigkeit. Bei 20 Millionen Beschäftigungslosen kippt die oftmalige Berühmung des europäischen Sozialmodells, das sehr verschieden ausgeprägt ist, schnell in bitteren Zynismus.

Das am EU-Gipfel in Lissabon im März 2000 fixierte Ziel, den „Alten Kontinent“ bis 2010 zur wirtschaftlich dynamischsten Region der Welt werden zu lassen, ist bereits zur Halbzeit gescheitert. Deutschland, Frankreich, Italien, aber auch kleinere EU-Staaten bleiben trotz der robusten weltwirtschaftlichen Dynamik brustschwach. Dies trifft auch auf Österreich zu, obwohl unser Land zu den größten Nutznießern der Ostöffnung und EU-Erweiterung zählt, womit einiges kompensiert wird.

Ursachen für diese unbefriedigende Entwicklung gibt es viele: Sie ist Ausfluss einer sowohl ungenügenden Nachfrage- wie auch Angebotspolitik, einer sturen monetären Politik mit einem überhöhten Euro und einer nationalstaatlichen Fragmentierung der Wirtschaftspolitik, von sklerotischen Verkrustungen, Überregulierungen und einer überdimensionierten Bürokratie mit einem wuchernden Dschungel von Verordnungen und Vorschriften, die einander noch dazu häufig widersprechen. Moses kam mit zehn Geboten aus, heute müssen wir mit mehr als 100.000 Einzelvorschriften leben und täglich kommen neue hinzu.

Wirtschaftliche Wundermedizin gibt es keine, sehr wohl aber viele therapeutische Möglichkeiten. Diese gehören zu einem europäischen Modernisierungs- und Wachstumsprogramm gebündelt, werden doch von den einzelnen Ländern innerhalb der EU über 50 Prozent des jeweiligen Sozialprodukts disponiert, von der EU-Kommission aber insgesamt gerade nur ein Prozent. Die zielorientierte

Umsetzung einer solchen Politik muss daher auf einem gemeinsamen Grundverständnis fußen, deren Stoßrichtung sich mit dem chinesischen Sprichwort auf den Punkt

bringen lässt: „If you want one year of prosperity, grow grain. If you want ten years of prosperity, grow trees. If you want 100 years of prosperity, grow people.“

Vom ersten Nobelpreisträger für Ökonomie Paul Samuelson stammt der Ausspruch, dass der liebe Gott den Ökonomen zwei Augen gegeben hat: eines für die Angebotsseite und eines für die Nachfrageseite. Daher sollten wir uns nicht auf den Fehler eines ideologischen Richtungsstreit einlassen, sondern einen pragmatischen policy-mix verfolgen. Dieser ist durch die Abkehr der Europäischen Zentralbank von ihrem rigiden, ausschließlich auf die Bekämpfung einer ohnehin nicht mehr existenten Inflation ausgerichteten Kurs zu unterstützen. Die geldpolitische Leitlinie muss darauf ausgerichtet werden, einer expansiven Budgetpolitik zugunsten zukunftsgerichteter Investitionen nicht nur der EU, sondern auch in den einzelnen EU-Staaten sowie deren Ländern und Gemeinden Vorschub zu leisten. Dies erfordert auch eine hohe Sparquote. Des Weiteren soll die Ordnungs-, Budget-, Steuer- und Sozialpolitik sowohl innerhalb als auch zwischen den einzelnen EU-Staaten nicht so wie bisher weitgehend getrennt behandelt, sondern aufeinander abgestimmt werden.

Generell erfordert die Verkleinerung und Verdichtung der Welt infolge des unumkehrbaren Prozesses der Globalisierung vermehrt koordiniertes politisches Handeln, auch unter dem Gesichtspunkt, dass Europa zunehmend mit dem Problem einer schrumpfenden Bevölkerung und der Umwandlung der Alterspyramide in eine Altersbirne konfrontiert ist, während gleichzeitig die Weltbevölkerung anwachsen wird. Zu berücksichtigen ist auch, dass der wirtschaftliche Aufholprozess vieler Länder zu einer weiteren Verknappung der Rohstoffe und deren Preisanstieg führen wird. Die Versorgung mit Erdöl, dessen Preis sich in den letzten drei Jahren verdreifacht hat, droht zu einem besonderen Problem für die Wirtschaft Europas, aber auch der Welt zu werden, deren Gravitationszentrum sich im 21. Jahrhundert nach Asien verlagern wird.

Den Änderungen im weltwirtschaftlichen Umfeld muss auch Österreich verstärkt Rechnung tragen, das mit seiner Wirtschaftsleistung pro Kopf unter den Industriestaaten den beachtlichen 9. Platz einnimmt. Laut der Be-

wertung der Weltbank, die versucht, den gesamten Reichtum eines Landes auch unter Einbezug u. a. von Umwelt, Bildungssystem und Sozialkapital zu erfassen, sogar Platz sieben. In der Bewertung als Firmenstandort erreicht Österreich allerdings weit abgeschlagen hinter den skandinavischen Ländern, Irland, der Schweiz, aber auch Deutschland, nur den 32. Platz. Bei der globalen Wett-

bewerbsfähigkeit erzielt unser Land nur Rang 17, beim Geschäftsumfeld den 20., beim Innovationsindex den 16., bei der wirtschaftlichen Freiheit den 19. Platz.

Alarmierend aber ist das unzulängliche wirtschaftliche Wachstum. Die letzten fünf Jahre waren für Österreich die wachstumsschwächste Periode in der Zweiten Republik. 2000 und 2001 hatte die Bundesregierung die Rezession glattweg bestritten und mit ihrer Fixierung auf das Nulldefizit die Situation zusätzlich verschlechtert, ohne dass diese Zielsetzung trotz Rekordsteuerbelastung und Versilberung von Familienvermögen bei gleichzeitigen Leistungskürzungen je erreicht worden wäre. Aufgrund der anhaltenden Erfolglosigkeit wird nunmehr glattweg bestritten, das Nulldefizit je zum wirtschaftspolitischen Dogma erklärt zu haben. Man übt sich nunmehr lieber in Aktionismus und veranstaltet gegen die Rekordarbeitslosigkeit zuhauf Beschäftigungsgipfel, die potemkinschen Dörfern gleichen.

Die lange Liste der wirtschaftspolitischen Versäumnisse hat dazu geführt, dass wir eine hohe Sparrate und eine Lücke in der Binnennachfrage haben, weil die Ersparnisse nur zum geringen Teil in die heimische Wirtschaft investiert werden. Die privaten Haushalte üben sich aus Sorge um die Zukunft in Konsumverzicht. Die ungenügende Nachfrage wirkt bei den Unternehmen als Investitionsbremse, die Sparpolitik der Regierung kürzt die öffentlichen Investitionen und vernachlässigt die Bildungsaufgaben.

Was wir brauchen, ist eine Wachstumsoffensive durch einen Investitions-, Innovations- und Modernisierungsschub durch eine Reihe von Maßnahmen auf der Nachfrage- ebenso wie auf der Angebotsseite. Bei Bildung, Forschung oder der Infrastruktur fallen beide Seiten zusammen, wobei in der Regel die Nachfrage rascher wächst als die Verbesserung des Angebots. Ebenso ist eine Offensive gegen den Vorschriftenschwung einzuleiten. Es müssen endlich genügend Kinderbetreuungsplätze, ein hinreichendes Angebot an Ganztagschulen und genügend Lehrstellen angeboten werden, wofür mit dem Vorstoß des Vorarlberger Beschlägeherstellers KR Egon Blum, der bei 3.000 Beschäftigten jährlich 52 neue Lehrlinge, davon vier Behinderte aufnimmt, ein Modell vorliegt. Wir brauchen die Zuwanderung aus den neuen EU-Staaten, aber auch der Beitrittsanwärter. Im Niedriglohnbereich kann ein sinnvoller Kombilohn helfen, Arbeit zu vermitteln und gleichzeitig öffentliche Gelder einzusparen. Die betrieblichen Investitionen gehören durch vorzeitige Abschreibungen oder Investitionsfreibeträge gefördert, ebenso die Forschung sowie Innovationen und ihre Umsetzung.

Es ist allerhöchste Zeit, eine Wirtschaftspolitik zugunsten von Wachstum und Beschäftigung in Angriff zu nehmen!